

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – November 2016

Inhalt

Nachrichten von COFACE – Families Europe	1
EU macht Gewalt an Frauen zum Thema – COFACE unterstützt NGO-Koalition	1
COFACE diskutiert mit EU-Institutionen über familienfreundliche Arbeit.....	1
Relaunch der #ToysAndDiversity-Kampagne	1
Nachrichten aus den EU-Institutionen	2
Europäisches Semester – Kommission legt Herbstpaket vor	2
Europäisches Parlament positioniert sich zum Mehrwertsteueraktionsplan.....	2
Parlament fordert Grundrechte-Check für EU-Länder.....	3
Prioritäten für die nachhaltige Entwicklungsziele in der EU und der Welt.....	3
Nachrichten aus den europäischen Staaten	3
Slowenien verbietet körperliche Bestrafung von Kindern	3
„Missbrauchsgesetz“ in Türkei zurückgezogen	4
Bildungs- und Berufschancen für Kinder und Jugendliche in der Schweiz.....	4
Französischer Familienverband diskutiert Digitalisierung	4
Weitere Nachrichten	4
Europäischer Tag der Entgeltgleichheit am 3. November.....	4
Schutz von geflüchteten Kinder – Gemeinsame Erklärung europäischer Verbände.....	5
Weltfrühgeborenentag am 17. November	5
Berichte und Studien	5
Eurochild blickt auf das Europäische Semester 2016 zurück	5
Eurostat-Zahlen zur Kinderarmut in Europa	5
Caritas Europa legt Fahrplan zu mehr Gerechtigkeit und Gleichstellung vor.....	6
EU-Bildungsbericht zeigt Fortschritte, aber auch Bedarf an mehr Inklusion.....	6
OECD-Bericht über die Herausforderungen der europäischen Gesundheitssysteme	7
Eurofound Erhebung zu den Arbeitsbedingungen in Europa	7
Neue Veröffentlichungen des <i>familiesandsocieties</i> -Netzwerks	8
Bevorstehende Veranstaltungen	8

Nachrichten von COFACE – Families Europe

EU macht Gewalt an Frauen zum Thema – COFACE unterstützt NGO-Koalition

COFACE – Families Europe hat sich gemeinsam mit über 25 anderen NGOs zusammengeschlossen, um Gewalt gegenüber Mädchen und Frauen zu bekämpfen. Anlässlich des Internationalen Tags gegen Gewalt an Frauen am 25. November hat diese Koalition ein *factsheet* veröffentlicht, das sich insbesondere mit der so genannten Istanbulkonvention befasst, dem Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt. Das Europäische Parlament hat am gleichen Tag eine Entschließung verabschiedet, nach der die EU der Konvention beitreten soll. Parallel dazu hat die EU-Kommission verkündet, dass 2017 das Europäische Jahr sein wird, das sich der Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen widmet. Auch Eurostat nutzte den Anlass, Ergebnisse aus dem Eurobarometer zu veröffentlichen, die über die Erfahrungen und Einstellungen der Europäerinnen und Europäer mit und zu Gewalt gegen Frauen Aufschluss geben.

- [Eurostat Factsheet „Geschlechtsspezifische Gewalt“](#) 
- [Factsheet der European Coalition to end violence against women and girls](#)  

COFACE diskutiert mit EU-Institutionen über familienfreundliche Arbeit

Am 17. November hatten Eurofound, die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, und der Europaparlamentsausschuss für Beschäftigung und Soziales eingeladen, um über die aktuellen Ergebnisse der Europäischen Erhebung über Arbeitsbedingungen (s. unten) zu diskutieren. COFACE – Families Europe beteiligte sich an dieser Diskussion und brachte dabei die Perspektive der Familien und die Frage nach der Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben ein. Es sei ein *policy mix* notwendig, der finanzielle Unterstützung, soziale Dienstleistungen und flexible Arbeitsarrangements umfasse. Aber auch Gute Arbeit insgesamt sei ein wichtiges Thema, wie die Eurofound-Daten zeigten: eine/r von fünf Angestellten müsse mehrmals im Monat in seiner Freizeit arbeiten, um den Jobanforderungen gerecht zu werden. Thematisiert wurde auch die Rolle von neuen Technologien, die einerseits neue Vereinbarkeitmöglichkeiten böten, andererseits aber auch Gefahren für die Gesundheit der Arbeitnehmer/innen mit sich brächten, indem sie zu einer Kultur der ständigen Verfügbarkeit beitragen können.

Relaunch der #ToysAndDiversity-Kampagne

COFACE – Families Europe führt die #ToysAndDiversity-Kampagne weiter, die den Blick auf das Thema Diversität und Vorurteile im Zusammenhang mit Spielzeug richtet. COFACE – Families Europe ruft deshalb erneut dazu auf, Fotos mit dem Hashtag #ToysAndDiversity in den sozialen Netzwerken zu posten, die gute oder schlechte Beispiele zeigen. Dies kann beispielsweise sein, wenn Spielzeuge „für Jungen“ oder „für Mädchen“ beworben werden, aber auch wenn es Spielzeugherstellern erfolgreich gelingt, Spielzeug vorurteilsbewusst und inklusiv zu gestalten und damit auf die Vielfältigkeit von Kindern, beispielsweise in Bezug auf deren ethnische Herkunft oder körperliche Beeinträchtigungen, einzugehen.

- [Mehr Informationen zur Kampagne](#)

Nachrichten aus den EU-Institutionen


Europäisches Semester – Kommission legt Herbstpaket vor

Mit dem am 16. November vorgelegten Herbstpaket hat die EU-Kommission die wirtschaftlichen und sozialen Prioritäten der EU für das kommende Jahr festgelegt und damit den EU-Zyklus der wirtschaftspolitischen Steuerung, das sogenannte Europäische Semester, für das Jahr 2017 eingeleitet. Zwar gehe es Europa wirtschaftlich immer besser, dennoch fordert die Kommission im Jahreswachstumsbericht 2017 die Mitgliedstaaten auf, ihre Anstrengungen zu intensivieren und hierbei den Fokus insbesondere auf soziale Gerechtigkeit und ein Wachstum zum Wohle aller zu legen. Das Paket enthält unter anderem auch einen Entwurf des Gemeinsamen Beschäftigungsberichts der EU, der einen Überblick über die Arbeitsmarktsituation der Mitgliedstaaten liefert. Dem Bericht zufolge geht die wirtschaftliche Erholung zunehmend mit der Schaffung von Arbeitsplätzen einher, was unter anderem auf die Strukturreformen zurückzuführen sei, die in letzter Zeit in mehreren Mitgliedstaaten angestoßen wurden. Darüber hinaus geht der Bericht auf die in den einzelnen Mitgliedstaaten durchgeführten Reformen ein. Er wird gemeinsam mit dem Rat verabschiedet werden.

Von verschiedenen Verbänden wird insbesondere die Sprache des Jahreswachstumsberichts begrüßt. Anders als in den vergangenen Jahren sei eine deutliche Bemühung zu erkennen, nicht nur von Wachstum und Investitionen, sondern auch von sozialer Gerechtigkeit und Inklusion zu sprechen. Dennoch sind die meisten Stellungnahmen skeptisch, welche konkreten Schritte zukünftig daraus abgeleitet werden. Hoffnungen verbinden sich beispielsweise mit der Forderung der Kommission an die Mitgliedstaaten, stärker in Gesundheits- und Pflegedienstleistungen zu investieren oder Pflegezeiten in den Rentensystemen anzuerkennen.

- [Ausführliche Informationen zum Herbstpaket](#) 

Europäisches Parlament positioniert sich zum Mehrwertsteueraktionsplan

Mit Bezug auf den Mehrwertsteueraktionsplan der EU-Kommission (vgl. EuropaNews [04/2016](#) ) hat das Europäische Parlament am 24. November die Entschließung „Wege zu einem endgültigen Mehrwertsteuersystem und zur Bekämpfung von Mehrwertsteuerbetrug“ verabschiedet. Darin wird eine „klare Strategie für mehr Einfachheit und weniger Ausnahmen“ gefordert. Thematisiert werden auch die reduzierten Mehrwertsteuersätze für bestimmte Produkte und Dienstleistungen, die das Parlament beibehalten will. Eine entsprechende EU-weit einheitliche Liste müsse jedoch regelmäßig aktualisiert werden und das Verzeichnis müsse den politischen Prioritäten in Bereichen wie Sozialpolitik, Geschlechtergleichstellung, Gesundheit, Umweltschutz, Ernährung und Kultur Rechnung tragen.

Der Mehrwertsteueraktionsplan der Kommission verfolgt das Ziel, Vorschriften zu modernisieren, rechtliche Beschränkungen, die nicht mehr zeitgemäß sind, aufzuheben und gleichzeitig ein Schrumpfen des Steueraufkommens zu verhindern. Eine derartige Modernisierung ist schwierig, da alle Beschlüsse in diesem Bereich im Rat einstimmig gefasst werden müssen. Der Vorschlag der Kommission will den Mitgliedstaaten eine größere Flexibilität, insbesondere bei den ermäßigten Steuersätzen, einräumen. Demnach wäre es möglich, einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz auf diejenigen Produkte anzuwenden, die für Familien unerlässlich sind, so wie es die Familienverbände seit langem fordern.

Parlament fordert Grundrechte-Check für EU-Länder


Um die Überprüfung der Verletzungen von Grundrechten auf ein dauerhaftes Fundament zu stellen, anstatt immer erst nach dem Ausbruch einer Krise individuell zu reagieren, sollte die Kommission einen rechtlich verbindlichen Mechanismus mit jährlichen Berichten zur Einhaltung der Werte und Grundrechte der EU durch die Mitgliedstaaten einsetzen. So steht es in einem Entschließungsentwurf, der am 22. November vom Europäischen Parlament angenommen wurde. Der Vorschlag für einen EU-Mechanismus für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Grundrechte zielt darauf ab, bereits bestehende ähnliche Vorgaben in einem einzigen EU-Instrument zusammenzufassen. Es soll auch die offensichtliche Lücke zwischen der Überwachung der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Grundrechte in den EU-Kandidatenländern und dem Mangel an wirksamen Instrumenten zur Überwachung in den Ländern, die bereits EU-Mitglieder sind, schließen. In ihrer Entschließung fordern die Abgeordneten die Kommission auf, bis September 2017 einen Vorschlag für einen EU-Pakt für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Grundrechte in Form einer interinstitutionellen Vereinbarung zur Angleichung und Ergänzung der bestehenden Mechanismen vorzulegen. Die Kommission muss dieser Initiative des Parlaments mit einer begründeten Antwort begegnen.

Prioritäten für die nachhaltige Entwicklungsziele in der EU und der Welt

Die Europäische Kommission hat am 22. November ihre Strategie für eine nachhaltige Entwicklung in Europa und in der Welt vorgestellt. In drei Mitteilungen führt die EU-Kommission aus, welche Leitlinien sie zur Umsetzung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung verfolgen will. Eine erste Mitteilung zu den nächsten Schritten für eine nachhaltige europäische Zukunft zeigt zehn Prioritäten der Kommission zur Umsetzung der 2030 Agenda der UN auf. Eine zweite Mitteilung beschreibt die Neuausrichtung der EU-Partnerschaften mit den Ländern Afrikas, des Karibischen Raums und des Pazifischen Ozeans. Eine dritte Mitteilung umfasst die Rahmenbedingungen für die künftige entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit anderen EU-Institutionen und den EU-Mitgliedstaaten.

Eurostat, das Statistikamt der Europäischen Union, hat aus diesem Anlass einen Überblick über den aktuellen Stand in der EU und ihren Mitgliedstaaten in Bezug auf die 17 Nachhaltigkeitsziele (SDGs) veröffentlicht.

Mehr als 90 NGOs haben sich auf europäischer Ebene zu dem Netzwerk SDG-Watch zusammengeschlossen. Sie kritisieren in einer Stellungnahme den mangelnden Ehrgeiz, der in den Mitteilungen der Kommission deutlich werde. Diese lieferten keinerlei neue Konkretisierungen, wie genau die Nachhaltigkeitsziele in Europa vorangebracht werden sollen, sondern lediglich eine Zusammenfassung des „business as usual“. SDG Watch Europe geht demgegenüber davon aus, dass die SDGs nur kohärent umgesetzt werden könnten, indem in zentralen Politikbereichen deutlich umgesteuert werde.

- [Zur Stellungnahme von SDG Watch Europe](#)
- [Pressemitteilung von Eurostat](#) 

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Slowenien verbietet körperliche Bestrafung von Kindern

Im Oktober hat das slowenische Parlament ein neues Gesetz zur Verhütung von Gewalt in der Familie verabschiedet, das im November in Kraft getreten ist. Es verbietet die körperliche Bestrafung von Kindern in allen Lebensbereichen. Damit ist Slowenien das 30. der 47 Mitglieder des Europarates, das die körperliche Bestrafung von Kindern per Gesetz ächtet.

„Missbrauchsgesetz“ in Türkei zurückgezogen

Die türkische Regierung hat im November einen Gesetzentwurf zurückgezogen, der vehemente gesellschaftliche Proteste hervorgerufen hatte. Der Entwurf sah vor, dass bei sexuellen Übergriffen gegen Minderjährige Straffreiheit gewährt werden könne, wenn der Täter sein Opfer geheiratet habe. Nach heftigen Protesten soll der Entwurf nun im Parlament überarbeitet werden. Der Entwurf bezog sich auf bereits bestehende Ehen und sollte verhindern, dass Männer, die mit ihrer minderjährigen Ehefrau ein Kind gezeugt haben, ins Gefängnis müssen. Kritiker/innen hatten darin eine Legalisierung sexuellen Missbrauchs und eine Aufwertung von Kinderehen gesehen. Obwohl das Mindestheiratsalter in der Türkei bei 17 Jahren (bei Zustimmung der Eltern) liegt, soll es vor allem im Osten des Landes regelmäßig vorkommen, dass jüngere Mädchen verheiratet werden.

Bildungs- und Berufschancen für Kinder und Jugendliche in der Schweiz

Das schweizerische Nationale Programm zur Prävention und Bekämpfung von Armut ist den Fragen wirksamer Praxis in der frühen Förderung und in der Unterstützung der Eltern bei der Berufswahl ihrer Kinder nachgegangen. Es wurden zwei Forschungsberichte erarbeitet. Diese bilden die Grundlage für die zeitgleich publizierten Leitfäden, die eine Orientierungshilfe für die Praxis darstellen.

- [Forschungsbericht Nr. 6/16](#)  und [Forschungsbericht Nr. 7/16 des Bundesamts für Sozialversicherungen](#) 

Französischer Familienverband diskutiert Digitalisierung

Die französische Familiendachorganisation UNAF (Union national des Associations Familiales) hat eine Publikation mit dem Titel „Familles connectés“ (Vernetzte Familien) vorgelegt. Darin geht sie der Frage nach, welche Auswirkungen die Digitalisierung auf das Familienleben hat. Die Broschüre gibt einen Überblick über die verschiedenen Bereiche, in denen Eltern heute bei der Kindererziehung herausgefordert sind: Videospiele, Internet, soziale Medien, Smartphones oder Fernsehen. Sie gibt Beispiele, wie Eltern auch im digitalen Zeitalter bewährte pädagogische Herangehensweisen umsetzen können.

- [Zur Broschüre](#) (französisch)

Weitere Nachrichten

Europäischer Tag der Entgeltgleichheit am 3. November

Der dritte November markiert in diesem Jahr den Tag, ab dem bis zum Ende des Jahres Frauen in der Europäischen Union quasi unentgeltlich arbeiten. Denn der durchschnittliche Brutto-Stundenlohn von Frauen in Europa liegt 16,7 Prozent unter dem der Männer. In Deutschland liegt das geschlechterspezifische Lohngefälle wie im Vorjahr bei 21,6 Prozent. Das ist der vierthöchste Wert aller EU-Staaten. Den höchsten Wert erreicht Estland mit 29,9 Prozent, den niedrigsten Slowenien mit 3,2 Prozent.

Das europäische Netzwerk der Gleichstellungsstellen hat ein Handbuch herausgegeben, das Hilfestellung geben soll, wenn es um die Durchsetzung von Entgeltgleichheit geht. Es enthält Daten, Materialien, Kontakte und Argumentationshilfen.

- [Zum Equinet-Handbuch „How to build a case on equal pay“](#) 

Schutz von geflüchteten Kinder – Gemeinsame Erklärung europäischer Verbände

Das zehnte europäische Forum für Kinderrechte hat sich Ende November in Brüssel damit befasst, wie Kinder, die fliehen oder geflohen sind, besser geschützt werden können. Aus diesem Anlass haben 78 europäische Organisationen, darunter auch COFACE – Families Europe, eine Gemeinsame Erklärung veröffentlicht, die sieben Prioritäten formuliert, die den Schutz von Kindern, die von Flucht und Migration betroffen sind, verbessern sollen. Sie lauten:

1. Ein EU-Aktionsplan für alle Kinder, die von Flucht und Migration betroffen sind
2. Eine Reform der Asylgesetzgebung
3. Priorität für Kinder bei allen Maßnahmen in Zusammenhang mit Flucht und Migration
4. Finanzmittel für Kinderschutz
5. Eine integrierte Politik für alle Kinder
6. Kinderschutz über Grenzen hinweg
7. Erhebung und Nutzung von Daten und wissenschaftlicher Evidenz

➤ [Zur Gemeinsamen Erklärung](#) 

Weltfrühgeborenentag am 17. November

Seit 2008 macht die Europäische Stiftung für die Versorgung von Frühgeborenen (EFCNI) am 17. November auf die besonderen Bedürfnisse von frühgeborenen Babies und ihren Familien aufmerksam. EFCNI und ihre Mitglieds- und Partnerorganisationen setzen sich dafür ein, dass die wissenschaftlichen Erkenntnisse zur Versorgung von Frühgeborenen nicht an ungünstigen Bedingungen oder mangelndem Wissen vor Ort scheitern.

➤ [Zur Initiative](#)

Berichte und Studien

Eurochild blickt auf das Europäische Semester 2016 zurück

„Tut Europa genug, um in Kinder zu investieren?“, lautet die Frage, mit der die Kinderrechtsorganisation Eurochild ihren Bericht über das Europäische Semester 2016 überschreibt. Darin wird kritisiert, dass die Bekämpfung der Kinderarmut bei der Koordinierung der europäischen Wirtschaftspolitik keine herausgehobene Rolle spielt. Auf der Grundlage einer Umfrage unter 28 Mitgliedsorganisationen aus ganz Europa hat Eurochild alternative Handlungsempfehlungen für die Mitgliedstaaten der EU entwickelt, um den Kreislauf der Armut zu durchbrechen und Kinderrechte zu stärken.

➤ [Zum Bericht](#)  

Eurostat-Zahlen zur Kinderarmut in Europa

Jedes vierte Kind in der EU war im vergangenen Jahr von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Besonders gefährdet sind Kinder, deren Eltern einen geringen Bildungsgrad haben. Das zeigen die Zahlen, die die europäische Statistikbehörde Eurostat anlässlich des Weltkindertages am 20. November veröffentlicht hat. Am stärksten seien Kinder in Rumänien (46,8 Prozent), Bulgarien (43,7 Prozent) und Griechenland (37,8 Prozent) betroffen. In Deutschland sind es 18,5 Prozent der Kinder, was im Vergleich zu 2010 einen

Rückgang von 3,2 Prozentpunkten bedeutet. Im EU-Durchschnitt sind die Zahlen leicht von 27,5 Prozent auf 26,9 Prozent gesunken.

- [Zur ausführlichen Pressemitteilung von Eurostat](#)  

Caritas Europa legt Fahrplan zu mehr Gerechtigkeit und Gleichstellung vor

Caritas Europa hat im November eine Veröffentlichung vorgelegt, in der Bausteine für robuste Sozialmodelle in Europa zur Sicherstellung sozialer Gerechtigkeit formuliert werden. Das Caritas-Modell stützt sich auf drei Säulen: 1) die Familie als „Lebenszelle der Gesellschaft und primäres Sicherheitsnetz“, 2) inklusive Arbeitsmärkte, die den Wert der Arbeit und den Beitrag der Menschen zur Gesellschaft anerkennen und 3) das Sozialschutzsystem als ein essentieller Solidaritätsmechanismus zur Gewährleistung des Wohlergehens der Gesellschaft insgesamt.

- [Zur Publikation](#) 

Eurochild Policy Paper zu Grund- und Kinderrechten in der EU

Eurochild hat im November ein Policy Paper darüber vorgelegt, inwiefern die EU bei der Umsetzung der EU Grundrechtecharta auch die Rechte von Kindern fördert. Es analysiert die Berichte der EU und der Mitgliedstaaten zur Umsetzung der Charta in all ihren Themenbereichen aus der Perspektive der Kinderrechte. Das Papier richtet sich sowohl an Akteure aus der Zivilgesellschaft als auch an Vertreter in Politik und Behörden.

- [Zum Papier](#)  

EU-Bildungsbericht zeigt Fortschritte, aber auch Bedarf an mehr Inklusion

Die EU-Mitgliedstaaten müssen ihre Bildungssysteme bedarfsorientierter und inklusiver gestalten, besonders mit Blick auf die Integration von Zuwanderern. Das zeigt der Anzeiger für die allgemeine und berufliche Bildung 2016. Erfreulich sei hingegen, dass die Investitionen in Bildung der öffentlichen Hand nach drei rückläufigen Jahren im EU-Durchschnitt wieder leicht steigen, wobei es immer noch zehn Mitgliedstaaten gibt, die ihre Bildungsausgaben im Vergleich zum Vorjahr zurückgefahren haben. Die knapp 90-seitige Bestandsaufnahme zeigt Fortschritte bei der Verwirklichung wichtiger Ziele der EU im Bildungsbereich, auf die sich die Mitgliedstaaten im Rahmen der Europa 2020-Strategie geeinigt haben. Mittlerweile nehmen 94,3 Prozent der Kinder im Alter zwischen vier Jahren und dem Schulpflichtalter an frühkindlichen Bildungsmaßnahmen teil (Ziel: 95 Prozent). Der Anteil der 15-Jährigen mit unzureichenden Kenntnissen liegt beim Lesen bei 17,8 Prozent, bei Mathematik bei 22,1 Prozent und bei Naturwissenschaften bei 16,6 Prozent (Ziel: jeweils unter 15 Prozent). Auch nehmen mittlerweile 10,7 Prozent (Ziel: 15 Prozent) der Erwachsenen an Weiterbildungsmaßnahmen teil, doch zeigt sich je nach Bildungsniveau ein uneinheitliches Bild. Je geringer das Bildungsniveau ist, desto geringer ist die Zahl derjenigen, die sich fortbilden. Die Anzahl der frühzeitigen Schulabgänger ist mittlerweile auf 11 Prozent (Ziel: unter 10 Prozent) gesunken und der Anteil der Hochschulabsolventen bzw. tertiären Abschlüssen auf knapp 39 Prozent (Ziel: 40 Prozent) gestiegen. Junge Frauen schneiden insgesamt besser ab und überschreiten sogar die Zielmarke, während junge Menschen mit Migrationshintergrund im Vergleich nach wie vor schlechter abschneiden.

- [Zum Gesamtbericht und den Länderberichten](#)

OECD-Bericht über die Herausforderungen der europäischen Gesundheitssysteme

Der jährliche OECD-Bericht „Gesundheit auf einen Blick“ ist in diesem Jahr erstmals in Zusammenarbeit mit der EU-Kommission entstanden. Darin heißt es, bessere Politiken zur Gesundheitsvorsorge und eine effektivere Gesundheitsversorgung könnten hunderttausenden Menschen in Europa das Leben retten und gleichzeitig erhebliche Wohlstandsverluste vermeiden. Die politischen Maßnahmen der Mitgliedstaaten sollten laut Bericht vor allem darauf ausgerichtet sein, finanzielle Hemmnisse beim Zugang zur Versorgung zu reduzieren, den Zugang zur Grundversorgung zu stärken und übermäßig lange Wartezeiten zu verringern. Weitere Maßnahmen, die der Bericht fordert, sind mehr E-Health-Angebote, kürzere Krankenhausaufenthalte, sowie ein gewissenhafterer Einsatz von Ressourcen für Arzneimittel, indem z. B. das Potenzial von Generika stärker ausgeschöpft wird.

Im Durchschnitt liegen die Gesundheitsausgaben in der EU bei 9,9 Prozent des BIP. Deutschland liegt mit Schweden an erster Stelle mit 11,1 Prozent. An letzter Stelle liegt Rumänien mit 5 Prozent. Zwar gibt es in den meisten EU-Staaten eine flächendeckende Gesundheitsversorgung für wesentliche Leistungen, aber mehr als 10 Prozent der Bevölkerungen Zyperns, Griechenlands, Bulgariens und Rumäniens waren 2014 nicht gegen die Kosten der Gesundheitsleistungen abgesichert. Für arme Menschen in Europa verzehnfacht sich das durchschnittliche Risiko, aus finanziellen Gründen nur schwer angemessene medizinische Versorgung zu erhalten. In vielen EU-Staaten werden zudem die Menschen in ländlichen und abgelegenen Gebieten häufig nicht ausreichend versorgt, obwohl seit dem Jahr 2000 in fast allen EU-Staaten die Anzahl der Ärzte pro Kopf im Durchschnitt um 20 Prozent gestiegen ist. Dabei hat die Anzahl der Fachärzte schneller zugenommen als die der Hausärzte. Bis November 2017 sollen länderspezifische Gesundheitsprofile für alle EU-Staaten erstellt werden, die die jeweiligen besonderen Merkmale und Herausforderungen aufzeigen.

➤ [Zum Bericht](#)  

Eurofound Erhebung zu den Arbeitsbedingungen in Europa

Die sechste Europäische Erhebung über die Arbeitsbedingungen (EWCS) vermittelt einen umfassenden Überblick über das Thema Arbeiten in Europa. Die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) nimmt dabei die Bereiche Staaten, Berufe, Sektoren und Altersgruppen in den Blick. Die Prioritäten der EU-Beschäftigungspolitik zielten auf eine Steigerung des Beschäftigungsniveaus, eine Verlängerung des Erwerbslebens, eine Steigerung der Erwerbsbeteiligung von Frauen, die Entwicklung von Produktivität und Innovation sowie die Anpassung an die digitale Herausforderung. Der Erfolg dieser politischen Strategien hänge nicht nur von Änderungen des externen Arbeitsmarktes ab, so Eurofound, sondern auch von der Entwicklung guter Arbeitsbedingungen und einer guten Arbeitsplatzqualität. Der nun vorgelegte Bericht führt die vielfältigen Maßnahmen auf, die politische Entscheidungsträger ergreifen könnten, um den arbeitsmarktpolitischen Herausforderungen zu begegnen. Die Analysen wenden sieben Indizes für die Arbeitsplatzqualität an: physische Umwelt, Arbeitsintensität, Arbeitszeitqualität, soziales Umfeld, Kompetenzen und Entscheidungsfreiheit sowie Perspektiven und Verdienst. Daraus leiten sich fünf typische Profile für die Arbeitsplatzqualität ab. Gestützt auf persönliche Interviews mit 43 850 Erwerbstätigen in 35 europäischen Ländern kann die EWCS so die vielschichtigen Dimensionen von Arbeit in Europa erfassen.

➤ [Zur EWCS](#) 

Neue Veröffentlichungen des *familiesandsocieties*-Netzwerks

Im Forschungsnetzwerk *familiesandsocieties* sind neue Veröffentlichungen mit Bezug zu familienpolitischen Themen erschienen, darunter ein Bericht über die Ergebnisse des so genannten Arbeitspakets Nr. 6, in dem sich die Forscher und Forscherinnen mit dem Zusammenhang zwischen der Betreuungsform und der Entwicklung von Kindern beschäftigen (Working Paper 63). Daneben sind eine Reihe von Artikeln neu eingestellt worden. Auch sie beschäftigen sich zum Teil mit den Auswirkungen der Kinderbetreuung auf die weitere Entwicklung des Kindes, aber auch mit Geschlechtergerechtigkeit im Haushalt oder den demografischen Merkmalen von Menschen, die in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften leben.

➤ [Zu den Veröffentlichungen](#) 

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum/ Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
01. Dez. 2016 Florenz, Italien	Sexual violence against children in the digital environment	PACE
03. Dez. 2016 Brüssel, Belgien	Le burn-out parental, existe-t-il? Parlons-en!	AP ³
06. Dez. 2016 Brüssel, Belgien	European pillar of social rights – Achieving upward social convergence with a rights-based approach?	solidar
06. Dez. 2016 Brüssel, Belgien	Wie baut man die „Europäische Säule sozialer Rechte“?	DGB, ÖGB u.a.
07. Dez. 2016 Brüssel, Belgien	Perspectives for decent future of today's youth – Final conference of world of work for youth project	solidar
07. Dez. 2016 Brüssel, Belgien	Diverse, Inclusive and Equal: Innovating at the intersections of gender equality	Equinet
08. Dez. 2016 Brüssel, Belgien	2030 Agenda for Sustainable Development: a paradigm shift within a reach?	FEPS, S&D Group, solidar
23. Jan. 2017 Brüssel, Belgien	The European Pillar of Social Rights: going forward together	EU Kommission
26.-28. Jan. 2017 Porto, Portugal	First International Conference on Childhood and Adolescence	ICCA
26.-27. Jan. 2017 Attard, Malta	Lost in migration: Working together in protecting children from disappearance	Missing Children Europe
07. Feb. 2017 europaweit	Safer Internet Day	Insafe Network
27.-30. März 2017 Düsseldorf, Deutschland	Creating a Social and Fair Europe for all Young People Conference	Deutscher Jugendhilfetag

04.-07. Juni 2017 Dublin, Irland	World Congress on Family Law and Children's Rights	World Congress on Family Law and Children's Rights
25.-29. Juli 2017 Amsterdam, Niederlande	Family Law and Family Realities – ISFL World Conference	International Society for Family Law (ISFL)

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union).



AGF e.V. · Einemstr. 14, 10785 Berlin · Web: <http://ag-familie.de> · Tel.: +49 (0) 30-2902825-78
E-Mail: europa@ag-familie.de · Redaktion: Christine Ludwig, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom

